

Wie Tau in der Sonne? Die deutsche Minderheit in Dänemark in ihrem politischen und historischen Rahmen

Peter Thaler
(University of Southern Denmark,
thaler@sdu.dk)

Im Mai 1945 befand sich die deutsche Bevölkerungsgruppe in Dänemark in einer ähnlichen Situation wie viele andere deutsche Minderheiten. Während des Krieges war ihr Heimatstaat von deutschen Truppen besetzt worden, wodurch die lokale deutschorientierte Bevölkerung in den Einflussbereich der Reichsregierung geriet und umfassend mit deutschen Zivil- und Militärstellen zusammenarbeitete. Diese Zusammenarbeit verlangte der Minderheit erhebliche Opfer ab, vor allem durch den Einsatz in deutschen Militäreinheiten, brachte zugleich aber auch Zugeständnisse der dänischen Regierung auf politischem und kulturellem Gebiet. In den knapp fünf Jahren unter deutscher Besatzung konnten Minderheitenaktivisten sich realistische Hoffnungen machen, dass sie ihren lokalen Lebensbereich zukünftig überwiegend nach eigenen Vorstellungen gestalten können würden, sei es durch eine ausgeweitete Selbstverwaltung innerhalb des dänischen Staates oder vielleicht sogar - wie manche trotz öffentlicher Zurückhaltung seitens der deutschen Regierung insgeheim hofften - im Rahmen eines deutschen Staates, aus dem sie im Jahre 1920 nach dessen Niederlage im 1. Weltkrieg und darauffolgender Volksabstimmung ausgeschieden waren.

Diese Illusionen lagen nunmehr in Trümmern. Die öffentliche Ordnung war auf der Minderheit gegenüber nach den Erfahrungen der Besatzungszeit durchaus kritisch eingestellte Kreise übergegangen, wobei vor allem die paramilitärischen Kräfte der dänischen Widerstandsbewegung in den ersten Tagen und Wochen in den Vordergrund traten. Die Minderheit selbst war sowohl eingeschüchtert durch den fundamentalen Umschlag der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als auch geschwächt durch die Abwesenheit von erheblichen Teilen gerade der jüngeren männlichen Bevölkerung. In weit größerem Umfang als noch nach dem Ersten Weltkrieg befand sich die deutsche Bevölkerungsgruppe in Nordschleswig in einer akuten Existenzkrise.

Zeitgleich mit dieser Erschütterung der deutschen Minderheit nördlich der 1920 gezogenen Grenze vollzog sich ein dramatisches Wachstum der zuvor weitaus kleineren dänischgesinnten Bevölkerungsgruppe südlich der Grenze. Aus einer vielschichtigen Reaktion auf Kriegserfahrung, Diktatur und politische wie ökonomische Unsicherheit traten Zehntausende bisher deutschorientierte Südschleswiger in die Organisationen der dänischen Minderheit ein, die auch das nationalfriesische Element der nordfriesischen Bevölkerungsgruppe einschlossen. Die historischen Voraussetzungen und politischen Konsequenzen dieser umgreifenden Veränderungen beiderseits der deutsch-dänischen Grenze für die deutsche Minderheit im Norden Schlesiens stehen im Mittelpunkt des vorliegenden Beitrags. Dabei wird eine Linie gezogen von der staatsrechtlichen Entwicklung des Herzogtums über die Herausbildung einer schleswig-holsteinischen Bewegung im 19. Jahrhundert und die Formierung einer distinkten deutschen Minderheit innerhalb eines dänischen Nationalstaates bis zu der für diese Studie natürlich zentralen Untersuchung ihrer Selbstbehauptung in den Nachkriegsjahrzehnten. Diese Analyse der breiteren politischen Rahmenbedingungen erleichtert das Verständnis sowohl der nordschleswigschen Entwicklung als auch ihrer Besonderheiten im internationalen Vergleich.

Die Voraussetzungen: Ein Herzogtum jenseits von nationalstaatlicher Zuordnung

Die historische Entwicklung im südlichen Jütland ist geprägt von Verbindungslinien sowohl nach Süden und nach Norden. Als Übergangsregion zwischen Bevölkerungsgruppen west- und nordgermanischer Zuordnung nahm die Halbinsel nicht nur geographisch eine wichtige Brückenfunktion ein. Sprachwissenschaftler wie Elmer Antonsen und Hans Frede Nielsen ordneten diesen Bereich einer distinkten nordwest- oder nordseegermanischen Subentität zu, die zumindest bis zur Völkerwanderung als Scharnier eines noch weitgehend intakten Dialektkontinuums im germanischsprachigen Westen gedient habe.¹ Erst die im 5. Jahrhundert einsetzende Abwanderung aus dem südlichen Jütland vor allem nach Britannien und die darauffolgende Zuwanderung skandinavischer Bevölkerungsgruppen von den dänischen Inseln und dem heutigen Südschweden sowie slawischer entlang der Ostseeküste verstärkte demnach die sprachliche Auseinanderentwicklung des germanischsprachigen Westeuropas.

Als das südliche Jütland nach der quellenmäßig wenig belegten Migrationsperiode im Frühmittelalter wiederum häufiger im Blick der Geschichtsschreibung auftauchte, war das Gebiet des späteren Schleswigs in die in Südsandinavien vor sich gehende dänische Staatsbildung eingebunden. Im Jahre 811 wurde die Eider als Abgrenzung zwischen dem Einflussbereich des Frankenherrschers Karl des Großen und des Dänenkönigs Hemming herangezogen. Die politische Bindung an Dänemark verhinderte allerdings nicht die friesische Ansiedlung entlang der Nordsee, die langsam von der Küste bis zur binnenländischen Geest vorrückte.

Seine exponierte Stellung an der Grenze zu einem europäischen Großreich sowie zu den unruhigen wendischen Stammesverbänden an der Ostsee gab dem südlichen Vorbau des Dänenreiches besondere sicherheitspolitische Bedeutung. Ab dem 11. Jahrhundert führte man eigene Jarle über dieses Gebiet an, das spätestens ab dem 13. Jahrhundert durchgehend als Herzogtum bezeichnet wurde.² Die lokalen Herzöge entstammten häufig dem Königsgeschlecht und drängten auf politische Aufwertung gegenüber ihren regierenden Verwandten. Gradweise entwickelte sich das Territorium von einer normalen dänischen Grenzregion zu einem weitgehend selbstverwalteten Herzogtum mit beschränkter königlicher Einflussmöglichkeit. Der Name der Residenzstadt Schleswig setzte sich zuletzt auch als Bezeichnung für das gesamte Territorium durch.³

Die ausgeweitete Selbstverwaltung stand in Zusammenhang mit der Randlage des Territoriums. Die politischen Eliten beiderseits der Grenze teilten politische Interessen, und der holsteinische Adel setzte sich zunehmend auch in Schleswig fest. Nach dem Sieg der holsteinischen Schauenburger über den dänischen König Christoph musste dessen Nachfolger Waldemar V. in der *Constitutio Valdemariana* zusichern, Herzogtum und Königreich nicht mehr in einer Hand zu vereinen.⁴ Wenngleich diese Bestimmung nach Normalisierung der Machtverhältnisse nicht mehr durchsetzbar war, zeigte sie eine Entwicklungslinie auf, die in den folgenden Jahrhunderten voll zur Geltung kommen sollte. Die lokalen Herrscher in Schleswig benötigten externe Unterstützung zur Ausweitung ihrer

¹ Für ihre Argumentation siehe etwa Elmer H. Antonsen, *Runes and Germanic Linguistics* (Berlin und New York, 2002), und Hans Frede Nielsen, *Guldhornsindskriften fra Gallehus* (Odense, 2002).

² Thomas Riis, "Wann entstand das Herzogtum Schleswig?", in *Geschichte Schleswigs vom frühen Mittelalter bis 1920*, hrsg. von Henrik Becker-Christensen und Ulrich Lange (Aabenraa, 1998), 9.

³ Hans Schultz Hansen, "Det danske navn Sønderjylland og det tyske navn Slesvig", in *19 myter i Sønderjyllands historie*, hrsg. von Axel Johnsen und Birgitte Thomsen (Aabenraa, 2002), 30-43.

⁴ Für die zentralen Bestimmungen der *Constitutio Valdemariana* siehe Flensburger Arbeitskreis, (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins* 1 (Kiel, 1987), 83.

Unabhängigkeit vom dänischen König, die ihnen die holsteinischen Fürsten, denen politisch und militärisch höchstens gleichrangige schleswigsche Herzöge als Nachbarn weitaus angenehmer erscheinen mussten als machtvolle dänische Könige, gerne und häufig gewährten. Ab dem 14. Jahrhundert erreicht das holsteinische Grafengeschlecht der Schauenburger die direkte Belehnung mit Schleswig, wodurch Schleswig und Holstein erstmals in der Person des Regenten verbunden wurden.

Nach dem kinderlosen Hinscheiden des Schauenburger Herzogs Adolf VIII. im Jahre 1459 stellte sich die Erbfolgefrage in den deutschen und dänischen Besitzungen auf unterschiedliche Weise. Um zu verhindern, dass die inzwischen schon weit fortgeschrittene Verschränkung der schleswigschen und holsteinischen Macht- und Besitzstrukturen in Gefahr geriete, einigten sich die Adelseliten mit dem Dänenkönig Christian I. auf dessen Erbfolge in beiden Territorien. Im Gegenzug gewährte ihnen der König das Ripener Privileg samt sogenannter Tapferer Verbesserung, in denen die innere Verbindung der beiden Territorien einerseits und deren Selbständigkeit gegenüber dem Königreich andererseits hervorgehoben wurde.⁵ Auf dieser Grundlage verfestigte sich die politische Zwischenstellung des südjütischen Raumes, wo nun das im Ausgangspunkt dänische Herzogtum Schleswig und die deutsche Grafschaft Holstein (später zum Herzogtum erhöht) in den Händen des dänischen Königs vereint, zugleich aber deutlich vom Königreich Dänemark getrennt waren. Diese Grundkonstellation prägte die Herrschaftsverhältnisse bis ins 19. Jahrhundert, wengleich die Konflikte zwischen den nach Unabhängigkeit strebenden Herzögen aus der Gottorfer Nebenlinie der Oldenburger und ihren königlichen Widersachern in Kopenhagen im Laufe der Jahrhunderte noch zu einzelnen in sich widersprüchlichen und in der nationalen Polemik heftig umstrittenen staatsrechtlichen Statusverschiebungen führten.

Die Besitzausweitung des holsteinischen Adels führte auch zu Wandlungen in der Bevölkerungsstruktur vor allem des südlichen Schleswigs. Der nur dünn besiedelte Südosten des Herzogtums bis zur Schlei wurde weitgehend von holsteinischen Bauern erschlossen und fügte sich bald nahtlos an die Siedlungsstruktur südlich der Eider an. Auch die großen Städte Schleswig und Flensburg wurden frühzeitig zu deutschsprachigen Zentren, während die Sprachverhältnisse in den Märkten und Städten des nördlichen Schleswigs durch eine Dualität von deutscher Bildungssprache und dänischem Umland geprägt wurde. Auf diese Weise hatte sich bereits in der frühen Neuzeit eine sprachliche Dreiteilung Schleswigs herausgebildet, in der sich zumindest auf dem Lande ein (nieder)deutschsprachiger Südosten, ein friesischsprachiger Südwesten und ein dänischsprachiger Norden gegenüberstanden.⁶ Diese sprachliche Vielfalt war allerdings überdeckt von einem deutschen kulturellen Überbau, da die schleswigsche Zentralverwaltung ganz überwiegend in dieser Sprache operierte und auch die großen Städte von ihr geprägt waren. In dieser Bildungssphäre wies fast nur der religiöse Raum noch einen bedeutsamen dänischen Einschlag auf.⁷

Solange die politische Macht im dänischen Gesamtstaat und den Herzogtümern in den Händen einer relativ kleinen aristokratischen Elite lag, hatte die sprachliche Vielfalt Schleswigs wenig Bedeutung. Die fundamentalen Veränderungen, die im Kielwasser der

⁵Für die zentralen Bestimmungen siehe Flensburger Arbeitskreis, (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins* 1 (Kiel, 1987), 86ff.

⁶ Siehe dazu schon Caspar Danckwerth, *Neue Landesbeschreibung der zwei Herzogthümer Schleswich und Holstein* (o. O., 1652), 54-55. Veränderungen gab es in den darauffolgenden Jahrhunderten noch durch wechselhafte Sprachumschichtungen in den Städten des nördlichen Schleswigs sowie durch den Übergang zum Deutschen in Angeln und der Geest vor allem im 19. Jahrhundert. Von Bedeutung für den Alltag, aber nicht so sehr für das deutsch-dänische Verhältnis, war daneben noch die zunehmende Zurückdrängung des Friesischen sowie der lokalen Dialekte.

⁷ Dies war vor allem im Kirchenamtsbezirk Hadersleben (Haderslev) der Fall.

französischen Revolution große Teile Europas umfassten, führten jedoch zur Einbindung weiterer Bevölkerungskreise in den politischen Entscheidungsprozess. Die sich herausbildende Massengesellschaft mit ihren Forderungen nach liberalen und demokratischen Reformen rückte zugleich auch die Vorstellung der Nation als neues Legitimationsmuster staatlicher Ordnung anstelle oder zumindest neben die zuvor im Mittelpunkt stehende Monarchie. Damit drangen auch im Süden des sich von Norddeutschland bis nach Norwegen, Island und Grönland erstreckenden Oldenburger Gesamt- oder Konglomeratstaates Gegensätze an die Oberfläche, die zu einer zunehmenden Aufteilung der Bevölkerung anhand kultureller oder identifikationsmäßiger Kriterien führten.

Die Konfliktlinien lagen auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen, die zugleich jedoch miteinander verbunden waren. Im Kopenhagener Zentrum kritisierten dänischsprachige Eliten die gerade in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts mit Johann Hartwig Ernst von Bernstorff und Johann Friedrich Struensee besonders hervortretende Rolle deutschsprachiger Führungspersonlichkeiten in der Staatsverwaltung und forderten die Bevorzugung einheimischer Kräfte. In den Herzogtümern erhielt das deutschsprachige Bürgertum zunehmend Impulse von der neuen Nationalkonzeption des nachnapoleonischen Mitteleuropas, während sich der schleswig-holsteinische Adel mit dem Vordringen nationaldänischer Legitimationsmuster der Oldenburger Monarchie zu entfremden begann. Im nördlichen Schleswig wiederum organisierten intellektuelle Vorkämpfer die dänischsprachige Bauernschaft gegen die einseitige Identifizierung ihrer Lebensbereiche als deutsche Domänen eines lose definierten Konglomeratstaates.

Die Schleswig-Holsteinische Bewegung als Grundlage der späteren deutschen Minderheit in Nordschleswig

Die Vielschichtigkeit der politischen und kulturellen Rahmenbedingungen prägte auch die Herausbildung nationaler Identitäten in den Herzogtümern und erschwerte es, den Ursprung einer deutschen Minderheit im nördlichen Schleswig zeitlich zu verorten. Die Umgangssprache des nördlichen Schleswigs war ganz überwiegend ein dänischer Dialekt, weshalb man die dortigen Deutschsprachigen als Sprachminderheit bezeichnen kann. Da der Südtteil des Herzogtums im 19. Jahrhundert aber fast ebenso überwiegend deutschsprachig war, ist die Zuteilung von Mehr- und Minderheitsstellungen innerhalb eines breiteren schleswigschen Rahmens bereits schwieriger. Betrachtet man die beiden Herzogtümer überhaupt als dauerhaft vereinte Subentität des Gesamtstaates, wie es die neue schleswig-holsteinische Bewegung wohl nicht zuletzt aus diesem Grunde heraus tat, waren es die Dänischsprachigen des nördlichen Schleswigs, die den Charakter einer – nicht einmal besonders einflussreichen – Minderheit einnahmen. Der nationale Aktivismus der letztgenannten Gruppe wiederum knüpfte sein Selbstverständnis deshalb am Gesamtstaat an. Dabei wandelte sich der ursprüngliche Fokus auf Patriotismus und Königstreue schrittweise zu einem Fokus auf die dänische Staats- und Kulturtradition Schleswigs. Spätestens zur Zeit des Ersten Schleswigschen Kriegs 1848-1851 war die Stellung Schleswigs im Rahmen zukünftiger nationalstaatlicher Ordnungen damit zum Brennpunkt des Konflikts geworden. Während die deutschgesinnten Schleswig-Holsteiner die Einheit der Herzogtümer hervorstrichen und sie deswegen trotz der dänischen Mehrheit im Norden in einen deutschen Gesamtzusammenhang einordneten, war der dänische Mittelklassenationalismus im Gegensatz zum vornationalen Herrscherpatriotismus bereit, das als unassimilierbar deutsch angesehene Holstein aus dem Staatsverband ausscheiden

zu lassen, um Schleswig dafür umso uneingeschränkter in die dänische Kerngesellschaft eingliedern zu können.⁸

Innerhalb Schleswigs führte dieser unterschiedliche Zugang dazu, dass sich die schleswig-holsteinische Bewegung in größerem Ausmaß als Vertreterin regionaler Identität darstellen konnte als ihr dänischer Widerpart. Wenngleich der Schleswig-Holsteinismus letztendlich in den deutschen Nationalismus einmündete, konnte er sich in seinem engeren Umfeld als Repräsentant der historischen Lokaltradition profilieren. Dies galt in ganz besonderem Maße im nördlichen Schleswig und erklärt, wie es in diesem überwiegend dänischsprachigen Gebiet zur Herausbildung einer deutschen Minderheit kommen konnte. Dabei stößt man in dieser Zeit bereits auf die Divergenz von sprachlich-kulturellen und identifikatorischen Zuordnungskriterien, die das hervorstechende Merkmal der Minderheitsidentität auf beiden Seiten der heutigen deutsch-dänischen Grenze bildet. Zwar gab es auch zuvor schon Einzelpersönlichkeiten, deren nationale Identifikation im Gegensatz zu ihrer sprachlichen Sozialisierung stand; der aus deutschsprachigem Flensburger Haus stammende dänische Aktivist und Gelehrte Christian Paulsen stellt nur ein besonders sichtbares Beispiel dar.⁹ Im nördlichen Schleswig stößt man dann jedoch auf einen zwar minoritären, aber unzweifelhaft kollektiven Prozess, bei dem eine nicht unbedeutende Untergruppe der dänischsprachigen Lokalbevölkerung eine Identität jenseits von ethnokulturellen Gesichtspunkten entwickelte.¹⁰

Die Motive dieser Entscheidung wurden häufig und kontroversiell diskutiert. Für dänische Aktivisten war sie rational nicht nachvollziehbar und dadurch häufig nur mit Charakterschwäche erklärbar.¹¹ Werden solche Vereinfachungen selbst zum Zeitpunkt größter deutscher Machtentfaltung der Wirklichkeit kaum gerecht, verlieren sie erst recht an Überzeugungskraft, wenn sie die Frühphase der Entwicklung innerhalb der Oldenburgischen Gesamtmonarchie beleuchten. Man wird die Ursprünge der deutschorientierten Bevölkerungsgruppe in Nordschleswig viel eher in der Bewahrung traditioneller regionaler Identifizierungsmuster sehen müssen. Ungeachtet seiner sprachlichen Verbindung mit dem dänischen Königreich sah auch das nördliche Schleswig im 19. Jahrhundert auf eine lange politische und ökonomische Sonderentwicklung zurück. Die staatsrechtliche und administrative Verbindung mit Holstein hatte tiefe Spuren im öffentlichen Leben des Herzogtums hinterlassen. Dies galt auch auf wirtschaftlichem Gebiet, wo Zuwanderer aus dem Königreich hauptsächlich als billige Arbeitskraft auftraten, während Holstein und sogar das angrenzende Hamburg als wichtige Abnehmer und Impulsgeber galten. Auch gesellschaftliche Unterschiede kamen zur Geltung, indem die schleswig-holsteinische Bewegung außerhalb der Städte vor allem in den besser gestellten Bauerndynastien des nördlichen Schleswigs Fuß fasste, die in engem wirtschaftlichen und oft auch familiären Kontakt mit dem städtischen Bürgertum standen. Nicht übersehen darf man zuletzt in Bezug auf die politischen Eliten auch die Bedeutung des höheren Unterrichtswesens, das überwiegend auf deutscher Grundlage funktionierte und in die ebenfalls deutschsprachige Landesuniversität Kiel einmündete.

⁸ Als Beispiele für die umfangreiche Literatur zu den frühen Nationalbewegungen in Schleswig und Holstein siehe etwa William Carr, *Schleswig-Holstein 1815-48: A Study in National Conflict* (Manchester, 1963), Alexa Geisthövel, *Eigentümlichkeit und Macht: Deutscher Nationalismus 1830-1851. Der Fall Schleswig-Holstein* (Stuttgart 2003), und Peder Lauridsen, *Da Sønderjylland vaagnede*, 8 Bände (Kopenhagen, 1909-22).

⁹ Zu Paulsen siehe H. N. Clausen, *Slesvigeren Christian Ditlef Paulsens livshistorie i omrids* (Kopenhagen, 1857), und Johann Runge, *Christian Paulsens politiske Entwicklung* (Neumünster, 1969).

¹⁰ Für vergleichbare Problemstellungen in anderen kulturellen Übergangsregionen siehe Peter Thaler, "Fluid Identities in Central European Borderlands", *European History Quarterly* 31 (2001): 519-548.

¹¹ Siehe etwa H. V. Clausen, "Nordslesvig 1863-93: Den nationale Stilling pa Landet", *Sønderjyske Årbøger* (1894): 69.

In gewisser Hinsicht stellte die nationale Aufsplitterung in Schleswig auch einen Konflikt zwischen der überlieferten Lokalidentität und den neuen nationalstaatlichen Alternativen dar.¹² In diesem Konflikt befanden überzeugte Traditionalisten sich häufig im Gegensatz zur lokal vorherrschenden Nationalkonzeption und näherten sich deren Widerpart an. Auf diese Weise führte eine Entwicklungslinie vom dynastischen Patriotismus deutschsprachiger Flensburger zur Unterstützung dänischer Parteien in der frühen Kaiserzeit wie auch vom schleswigschen Regionalbewusstsein zum deutschgeprägten Schleswig-Holsteinismus dänischsprachiger Nordschleswiger. Für Letztere setzte sich zuerst im Dänischen und danach auch im Deutschen die Bezeichnung Heimdeutsche fest.¹³ Dieser Begriff zielte vornehmlich auf die fest in Nordschleswig verankerte deutschorientierte Bevölkerung mit dänischer Muttersprache ab, zur Abgrenzung von Zuwanderern aus dem Süden und zum Teil auch von lokalen Deutschsprachigen in den Städten.

Die schleswig-holsteinische Bewegung entstand im Anschluss an die napoleonischen Kriege und den nicht zuletzt in Studentenkreisen zum Ausdruck kommenden Frühnationalismus im deutschsprachigen Mitteleuropa. Angesichts der zunehmend grenzüberschreitenden Natur des öffentlichen und gerade auch des akademischen Diskurses kann dieser Zusammenhang wenig überraschen. Es war kein Zufall, dass unter den intellektuellen Anstoßgebern des Schleswig-Holsteinismus vor allem Kieler Professoren wie der Historiker Friedrich Christoph Dahlmann hervortraten.¹⁴ Für Dahlmann stellte sich die politische Zukunft der Herzogtümer als Teil der deutschen Reformbewegung dar, die größere politische Mitsprache der Bevölkerung mit engerer staatsrechtlicher Verknüpfung verbinden sollte. Während die Einbeziehung des dem Deutschen Bund angehörenden Holstein in die erstrebte Neuordnung Mitteleuropas als selbstverständlich galt, war sie hinsichtlich Schlesiens auch für Dahlmann zumindest erklärungsbedürftig. Das Kernargument bildete dabei der historische Zusammenhang zwischen den beiden Herzogtümern, gesichert nicht zuletzt durch das Ripener Privileg, das Dahlmann und seine intellektuellen Nachfolger aus seinem mittelalterlichen Feudalzusammenhang in die Nationalstaatspolitik des 19. Jahrhunderts überführten.¹⁵

Ungeachtet der Verbindungslinien zur deutschen Einigungsbewegung wies der Schleswig-Holsteinismus doch auch eine deutliche Eigenkomponente auf, die in seinem Verhältnis zum dänischen Gesamtstaat begründet war. Zum einen verlieh dieses Verhältnis dem radikalen Flügel der Bewegung den Charakter einer nationalen Unabhängigkeitsbewegung und stellte sie damit in einen anderen politischen und ideologischen Rahmen, als er dem Sammlungsnationalismus in den meisten deutschen Bundesstaaten entsprach. Vor allem aber schlossen sich der Bewegung auch bald Kräfte an, deren Ansatz nicht die deutsche Einheit und die damit verbundene Abtrennung vom dänischen Gesamtstaat war, sondern die Absicherung der schleswig-holsteinischen Selbstbestimmung innerhalb der Oldenburgischen Monarchie. Schon Dahlmanns Zeit- und Berufsgenosse Nicolaus Falck repräsentierte diesen eigenständigen Zugang, der

¹² Zu diesem grundsätzlichen Spannungsverhältnis verschiedener Identitätsvarianten siehe etwa Peter Haslinger, (Hrsg.), *Regionale und nationale Identitäten: Wechselwirkungen und Spannungsfelder im Zeitalter moderner Staatlichkeit* (Würzburg, 2001), und Michael G. Müller und Rolf Petri hrsg., *Die Nationalisierung von Grenzen: Zur Konstruktion nationaler Identität in sprachlich gemischten Grenzregionen* (Marburg, 2002).

¹³ Für eine Diskussion zum Ursprung der Bezeichnung siehe Hans Schultz Hansen, *Hjemmetyskheden i Nordslesvig 1840-1867 – den slesvig-holstenske bevægelse*, Band 1 (Aabenraa, 2005), 17-24.

¹⁴ Zu Dahlmann siehe Wilhelm Bleek, *Friedrich Christoph Dahlmann: Eine Biographie* (München 2010).

¹⁵ Für eine neuere kritische Bewertung dieser Übertragung und Umwandlung zu "up ewig ungedeelt" siehe Carsten Jahnke, "'dat se bliven ewich tosamende ungedelt': Neue Überlegungen zu einem alten Schlagwort", *Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte* 128 (2003): 45-59.

weitgehende Loyalität zum Konglomeratstaat mit ausgeprägter Regionalidentität verband.¹⁶ In diesem Sinne standen Falck und seine Gesinnungsfreunde durchaus auf dem Boden der existierenden Verhältnisse, obwohl sie zentrale Beiträge zur wissenschaftlichen und politischen Untermauerung des Schleswig-Holsteinismus beisteuerten. Ihre Wirkungsmöglichkeiten wurden aber nicht zuletzt dadurch immer eingeschränkter, dass sich auch die neue dänische Nationalbewegung nicht mit der Bewahrung des Status quo zufriedengeben wollte, sondern eine möglichst weitgehende Eingliederung Schleswigs in das dänische Königreich anstrebte. Somit trafen sich die Vertreter beider Nationalbewegungen in der Forderung nach fundamentaler Veränderung und übten dadurch einen auf den politischen Zeitgeist gestützten Zangengriff aus, zwischen dem sowohl moderate Schleswig-Holsteiner wie Falck als auch die konservativen Gesamtstaatsvertreter im Umkreis des dänischen Königshauses zusehends aufgerieben wurden.

Für das Entstehen einer deutschorientierten Minderheit in Nordschleswig war aber gerade dieser moderate und regionalistische Schleswig-Holsteinismus von besonderer Bedeutung. Bereits kurz nach Gründung des Deutschen Bundes kam es zu Petitionen aus den nordschleswigschen Kleinstädten, in denen um eine gemeinsame oder zumindest möglichst gleichlautende landständische Verfassung mit Holstein angesucht wurde, dem eine solche laut Artikel 13 der Deutschen Bundesakte zustand.¹⁷ Mit deutlichen Anklängen an die schleswig-holsteinische Argumentation wird darin die Gemeinsamkeit der Herzogtümer hervorgehoben und vor den negativen Folgen einer Absonderung der schleswigschen Entwicklung gewarnt. Auch in den darauffolgenden Jahrzehnten kam es immer wieder zu Petitionen, die die Verbindungslinien zwischen Schleswig und Holstein betonten, vor allem im Zusammenhang mit der Forderung nach einer gemeinsamen Ständeversammlung. Auch die populären Volksfeste und Liedertafeln schleswig-holsteinischer Prägung fanden ihren Weg in den Norden der Herzogtümer.¹⁸

Mit dem königlichen Sprachreskript von 1840, das mit seiner grundsätzlichen Einführung der dänischen Amtssprache in Bereich dänischer Schul- und Kirchensprache den ersten moderaten Forderungen der dänischen Nationalbewegung entgegenkam, begannen die unterschiedlichen Auffassungen vom Status Schleswigs konkrete politische Konsequenzen zu bekommen.¹⁹ Spätestens im den deutschen und dänischen Revolutionen von 1848 folgenden Ersten Schleswigschen Krieg zeigte sich die Unvereinbarkeit der nationalen Grundannahmen: während dänischgesinnte Nationalliberale wie Orla Lehmann die Durchsetzung der Eiderpolitik und damit weitgehende Vereinigung Schleswigs mit dem Königreich forderten, wandten sich deutschgesinnte Nordschleswiger an die neue deutsche Nationalversammlung in Frankfurt mit dem Wunsch nach einer gemeinsamen Zukunft der Herzogtümer und energischer Ablehnung aller damals kursierenden Vorstellungen von einer Teilung Schleswigs nach sprachlichen Gesichtspunkten.²⁰ Als der schleswig-

¹⁶ Zu Falck siehe etwa Henning Ratjen, *Zur Erinnerung an Nicolaus Falck* (Kiel, 1851), und Carl Petersen, "Nicolaus Falck und die Entstehung des schleswig-holsteinischen Gedankens", *Jahrbuch der Schleswig-Holsteinischen Universitätsgesellschaft* (1926): 1-111.

¹⁷ Siehe *Gesetz-Sammlung für die Königlich-Preussischen Staaten 1818*, Anhang, Nr. 23 (Berlin, 1918): 150.

¹⁸ Zur Bedeutung dieser Massenveranstaltungen siehe Henning Unverhau, *Gesang, Feste und Politik: Deutsche Liedertafeln, Sängervereine, Volksfeste und Festmähler und ihre Bedeutung für das Entstehen eines nationalen und politischen Bewußtseins in Schleswig-Holstein 1840-1848* (Frankfurt, 2000).

¹⁹ Zum Sprachreskript von 1840 und der frühen Sprachpolitik in Schleswig siehe Jürgen Rohweder, *Sprache und Nationalität: Nordschleswig und die Anfänge der dänischen Sprachpolitik* (Glücksburg, 1976).

²⁰ Die Eiderpolitik mit ihrem Wahlspruch von einem Dänemark bis zur Eider bezieht sich auf den Fluss dieses Namens, der die wesentlichste geographische Scheidelinie zwischen Schleswig und Holstein bildet. Zum Ersten Schleswigschen Krieg von 1848-1851 siehe Holger Hjelholt, *Sønderjylland under Treårskrigen, 2*

holsteinische Aufstand nach Rückzug der deutschen Bündnistruppen 1851 von dänischen Truppen niedergeschlagen wurde, schien die nationale Aufsplitterung Nordschleswigs bereits unumkehrbar. Weder die Danisierungspolitik des anschließenden Jahrzehnts noch die dem deutsch-dänischen Krieg von 1864 folgende Germanisierungspolitik bis zum Ersten Weltkrieg konnte die entstandenen Grundvoraussetzungen wieder umstürzen.²¹

Während des halben Jahrhunderts im preußischen-deutschen Staatsverband verminderte sich der Mobilisierungsbedarf der angestammten deutschgesinnten Nordschleswiger. Die Konfliktlinie verlief nun zwischen der lokalen dänischen Mehrheitsbevölkerung und der preußischen Staatsverwaltung. Durch die Zuwanderung deutscher Beamter und Arbeiter wurden die Sprachverhältnisse in den nordschleswigschen Städten merkbar beeinflusst, während die ländlichen Bereiche davon wenig betroffen waren. Da viele der Zuwanderer nach dem erneuten Souveränitätswechsel 1920 Nordschleswig mehr oder weniger freiwillig wieder verließen oder vor allem in der Arbeiterschaft auch assimiliert wurden, erhielten sie wenig Bedeutung für die heimdeutsche Bevölkerungsgruppe.²²

Alleine im dänischen Nationalstaat: Die deutsche Minderheit nach 1920

Mit der deutschen Niederlage im 1. Weltkrieg erschien auch die schleswigsche Frage wiederum auf der internationalen Tagesordnung. Für die lokale dänische Minderheit war sie zwar immer aktuell geblieben, auch wenn die Rufe nach Implementierung einer im Prager Frieden von 1866 zwischen Preußen und Österreich angedachten Volksabstimmung im nördlichen Schleswig nach Aufhebung dieser Klausel 1878 immer illusorischer wurden, aber in der internationalen Diplomatie schien der im vorhergehenden Jahrhundert noch vielumstrittene Konfliktstoff weitgehend abgeschlossen.²³ Im November 1918 erklärte sich die neue demokratische Reichsregierung zur Anwendung des Selbstbestimmungsrechts in Nordschleswig bereit, und wenig später trug die dänische Regierung auf Aufforderung des dänischen Nordschleswigschen Wählervereins die Frage an die in Versailles tagende Friedenskonferenz heran. Der Vertrag von Versailles ordnete sodann in seinen Artikeln 109-114 eine Lösung der Grenzfrage durch zwei getrennte Volksabstimmungen an.²⁴ Nördlich einer Linie, die nördlich von Flensburg und südlich von Tønder (Tondern) von der Ostsee zur Nordsee reichte, stimmten knapp drei Viertel der rund 100.000 Abstimmungsteilnehmer am 10. Februar 1920 für Dänemark.²⁵ Da die Abstimmung in dieser Zone 1 *en bloc* durchgeführt wurde, blieben die zum Teil nicht unbeträchtlichen deutschen Mehrheiten in grenznahen Gemeinden wie Tønder und Højer ohne Einfluss auf

Bände (Kopenhagen, 1959-61), und Alexander Scharff, *Wesen und Bedeutung der schleswig-holsteinischen Erhebung 1848-1850* (Neumünster, 1978).

²¹ Zu diesen politischen Eingriffsversuchen siehe Jochen Bracker, "Die dänische Sprachpolitik 1850-1864 und die Bevölkerung Mittelschleswigs", *Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte* 97 (1972): 127-225, 98 (1973): 87-213; Mouritz Mackeprang, *Nordslesvig 1864-1909* (Kopenhagen, 1910); und Oswald Hauser, *Preußische Staatsräson und nationaler Gedanke* (Neumünster, 1960).

²² Für das komplizierte Verhältnis zwischen den Minderheiteninstitutionen und der organisierten Arbeiterschaft siehe Henrik Becker-Christensen, *Det tyske mindretal i Nordslesvig 1920-1932*, Band 1 (Aabenraa, 1990), 61-72.

²³ Für den angesprochenen Artikel V des Prager Friedens siehe Flensburger Arbeitskreis, (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins* 2 (Kiel, 1980), 77.

²⁴ Siehe Fred Israel, (Hrsg.), *Major Peace Treaties of Modern History, 1648-1967*, Band 2 (New York, 1967), 1342-1346.

²⁵ Sarah Wambaugh, *Plebiscites since the World War*, Band 1 (Washington, D.C., 1933), 82.

den Ausgang. Einen Monat später folgte das Plebiszit in der Zone 2, die von Flensburg quer über das mittlere Schleswig reichte. Obwohl die Abstimmungsregeln in dieser Zone eine gemeindeweise Entscheidung vorsahen, konnte die dänische Seite bei einem Gesamtanteil von rund 20 Prozent der 65.000 Wähler in keiner der betroffenen Kommunen eine Mehrheit erzielen.²⁶ Der Oberste Rat der Friedenskonferenz teilte Schleswig daher mit nur geringen Abweichungen entlang der Demarkationslinie der beiden Abstimmungszone.

Aus den Deutschgesinnten der Zone 1 wurde damit endgültig die deutsche Minderheit in Dänemark. Trotz der langen Geschichte dieser Bevölkerung war dies in vielerlei Hinsicht eine vollkommen neue Situation. Gewiss waren Deutschsprachige in Nordschleswig immer in der Minderheit gewesen. Zur Zeit des Gesamtstaates war dies allerdings zumeist im Rahmen einer ausgeprägten Sonderstellung Schlesiens (und natürlich auch Holsteins) zu sehen, in der sich lokale deutschsprachige Minderheiten zugleich doch als Teil einer herzogtümlichen Mehrheit empfinden konnten. Unter preußischer Herrschaft kam dieser Gesichtspunkt noch deutlicher zur Geltung. Nunmehr allerdings befanden sich die deutschorientierten Nordschleswiger in einem sich bewusst als dänischer Nationalstaat definierenden Staatswesen, in dessen Gesamtbevölkerung sie nur eine verschwindend kleine Minderheit darstellten.

Im Rahmen des Plebiszits hatte rund ein Viertel der Wähler für Deutschland gestimmt, was aber nicht als Richtschnur für die Zukunft gelten konnte. Ein Teil der Stimmen stammte von im Landesteil Geborenen, die nur zur Abstimmung angereist waren und nicht nach Nordschleswig zurückkehren wollten oder konnten. Wesentlicher noch war die bedeutende Abwanderung, die vor allem in den Städten zu einer deutlichen Verminderung des deutschen Bevölkerungsanteils führte. Besonders drastisch war dieser Rückgang in Tønder, wo in den 1920er Jahren - bei einer Gesamteinwohnerzahl von rund 6000 im Jahre 1925 - nicht weniger als 1700 Menschen in das Deutsche Reich abwanderten.²⁷ Diese Einschnitte führten zu einer sichtbaren Veränderung in der Zusammensetzung der deutschgesinnten Bevölkerung in Nordschleswig, die sich durch den großen Aderlass an zugewanderter und städtischer Bevölkerung in steigendem Maße um ihren ländlichen, heimdeutschen Kern sammelte.

Dieser Kern erwies sich aber zur Überraschung mancher als durchaus widerstandskräftig. Während dänische Aktivisten wie H. V. Clausen davon ausgegangen waren, dass die heimdeutsche Bevölkerung nach einer Angliederung an Dänemark rasch hinschwinden werde "wie Tau in der Sonne", stabilisierte sich die Minderheit in der Praxis bei rund 15 Prozent der nordschleswigschen Einwohnerschaft.²⁸ In den Wahlen zum dänischen Parlament, dem Folketing, erreichte die deutschorientierte Schleswigsche Partei in der Zwischenkriegszeit zwischen 13 und knapp 16 Prozent, wobei die bei großer Mobilisierung auf beiden Seiten erreichten 15.000 Stimmen des Jahres 1939 mit ihrem Stimmenanteil von 15,9 Prozent den Höchststand markierten und zugleich unterstrichen, dass sich die Minderheit in den vergangenen zwei Jahrzehnten eher gefestigt hatte.²⁹ Dies drückte sich auch in einer umfassenden Organisationsstruktur aus. Während es im Kaiserreich die dänische Bevölkerung war, die ein feinmaschiges Netz an politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Vereinigungen errichtet hatte, folgte nunmehr die früher relativ passive deutsche Bevölkerungsgruppe ihrem Beispiel.

Diese innere Konsolidierung als Minderheit wurde von Anfang an auch als Zwischenlösung für eine erhoffte Rückgliederung an Deutschland empfunden. Schon die

²⁶ Sarah Wambaugh, *Plebiscites since the World War*, Band 1 (Washington, D.C., 1933), 86.

²⁷ Henrik Becker-Christensen, *Det tyske mindretal i Nordslesvig 1920-1932*, Band 1 (Aabenraa, 1990), 41f.

²⁸ H.V. Clausen, *Før afgørelsen* (Copenhagen, 1918), 33.

²⁹ Jakob Petersen, *En kort oversigt over folketingsvalgene fra 1920-1935* (Aabenraa, 1939), 15; Aksel Lassen, *Valg mellem tysk og dansk* (Aabenraa, 1976), 374f.

Umstände der Abstimmung mit ihren weitgehend nach dänischen Vorstellungen entworfenen Abstimmungsmodalitäten und Zoneneinteilungen hatte bittere Kritik hervorgerufen, weil sie durch die Zuteilung überwiegend deutscher Randkommunen wie Tønder an eine *en bloc* abstimmende Nordzone das Ergebnis des Plebiszits im Wesentlichen vorwegnahmen.³⁰ Daher konzentrierten sich die Revisionsforderungen der Zwischenkriegszeit hauptsächlich auf die Kerngebiete der Minderheit entlang der südlichen Grenze, wenngleich die mehr verstreuten Minderheitsangehörigen im Norden des Landstriches gerade aus der starken deutschen Präsenz im Süden ihre Hoffnung auf eine zukünftige Totalrevision der Grenzfrage ableiteten. Für die deutsche Reichsregierung war die Nordschleswigfrage angesichts der weit drängenderen Grenzkonflikte vor allem an der Ostgrenze aber von bloß peripherer Bedeutung.³¹

Die nationalsozialistische Machtübernahme im Deutschen Reich brachte zwar eine rhetorische Verschärfung seitens schleswig-holsteinischer Partei- und Regierungsstellen und eine zunehmende Nazifizierung der zuvor bürgerlich-konservativ dominierten Minderheitenführung in Nordschleswig, änderte aber wenig an der pragmatischen Unterordnung der Grenzfrage unter außenpolitische Großinteressen, zu denen nicht zuletzt der Wunsch nach guten Beziehungen zu Dänemark und dem übrigen Skandinavien zählte. Nicht einmal der deutsche Einmarsch in Dänemark am 9. April 1940 führte deswegen zu einer grundsätzlichen Veränderung der staatsrechtlichen Situation. Da die Reichsregierung den Anschein einer Friedensbesetzung aufrechterhalten und die dänische Regierung lange durch eine weitgehende Verhandlungspolitik schlimmere Folgen von ihrem Land abwenden wollte, standen Grenzveränderungen nicht auf der unmittelbaren politischen Tagesordnung.³²

Die Situation der deutschen Minderheit änderte sich jedoch merkbar. Aus nationalsozialistischer Sicht, und damit aus Sicht der an der Macht befindlichen Regierung in Deutschland, stellten die deutschen Minderheiten in Europa natürliche Vorposten des Reiches dar.³³ Dies führte zu basalen Schutzverpflichtungen des deutschen Staates, aber auch zu Solidaritätspflichten dieser Minderheiten gegenüber diesem Staat. Diese ideologischen Abstraktionen erhielten konkrete Bedeutung, wenn sich deutsche militärische und zivile Institutionen durch Bündnisverhältnisse oder militärische Besetzung direkten Einfluss auf die Minderheiten und deren Heimatstaaten gesichert hatten, wie dies während des Zweiten Weltkrieges in weiten Teilen Europas der Fall war, darunter auch in Dänemark. In dieser Situation war das Verhältnis der jeweiligen Minderheiten zur Reichsregierung nicht mehr allein nach eigenen Vorstellungen gestaltet, sondern in beträchtlichem Ausmaß von den Zielsetzungen des stärkeren Partners geprägt. Besonders deutlich kam dies in Südtirol zum Ausdruck, wo sich die lokale Bevölkerung bis zur geplanten Aussiedlung hin den außenpolitischen Prioritäten der Reichsregierung unterordnen zu müssen glaubte.³⁴

³⁰ Zu den Ursprüngen der Grenzlinien und Zoneneinteilungen in der dänischen Publizistik siehe Henrik Becker-Christensen, *Dansk mindretalspolitik i Nordslesvig: Udformingen af den danske politik over for det tyske mindretal 1918-20* (Aabenraa, 1984), 16-19.

³¹ Für eine Untersuchung der deutschen Nordschleswigpolitik in den 1930er Jahren siehe Sven Tägil, *Deutschland und die deutsche Minderheit in Nordschleswig: Eine Studie zur deutschen Grenzpolitik 1933-1939* (Stockholm, 1970).

³² Für eine Diskussion der nationalsozialistischen Vorstellungen zur Grenzfrage während des Krieges siehe Johan Peter Noack, *Det tyske mindretal i Nordslesvig under besættelsen* (Kopenhagen, 1975), 84-89, 184-193.

³³ Siehe dazu etwa Valdis Lumans, *Himmler's Auxiliaries: The Volksdeutsche Mittelstelle and the German National Minorities of Europe, 1933-1945* (Chapel Hill, N.C., 1993).

³⁴ Zur Optionsfrage in Südtirol siehe Klaus Eisterer und Rolf Steininger hrsg., *Die Option: Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus* (Innsbruck 1989).

In Dänemark führte die deutsche Besetzung zu einer umfangreichen Zusammenarbeit zwischen den Minderheitenorganisationen und reichsdeutschen Stellen. Erstere waren nicht nur finanziell und organisatorisch auf deutsche Unterstützung angewiesen, sondern auch über Jahrzehnte hinweg davon ausgegangen, ihre eigenen politischen Zielvorstellungen wie Selbstverwaltung und Grenzveränderung nur mit Hilfe aus Berlin umsetzen zu können. In der Tat konnten etwa auf schulischem Gebiet gewisse Erleichterungen seitens des dänischen Staates erreicht werden. In größerem Umfang aber stellte sich die Minderheit in den Dienst ihres Patronagestaates, wobei eine plane Gegenüberstellung von psychologischer Abhängigkeit und pragmatischer Interessenspolitik die Unvereinbarkeit dieser Antriebskräfte wohl überbewertet.³⁵

Als besonders folgenschwer erwies sich die Teilnahme deutscher Nordschleswiger am deutschen Kriegseinsatz. Bereits vor der Besetzung des Landes hatten sich einzelne Nordschleswiger zum Einsatz in der Waffen SS gemeldet, die ihnen als nichtdeutschen Staatsbürgern leichter zugänglich war als die reguläre Wehrmacht, die aus völkerrechtlichen Überlegungen bei der Rekrutierung ausländischer Staatsangehöriger nicht zuletzt auch in Dänemark Zurückhaltung übte.³⁶ Während der deutschen Besetzung des Landes wurden die Anwerbungsmöglichkeiten der Waffen SS erheblich ausgeweitet, wobei sich die Minderheitenführung vor allem nach den großen Verlusten an der Ostfront einem immer stärkeren Druck zur Erfüllung militärischer Zielvorgaben gegenüber sah.³⁷ In Nordschleswig selbst war man wenig an größeren Anwerbungen interessiert, nicht so sehr aus grundsätzlicher Ablehnung, sondern vornehmlich aus Sorge über die drohende zahlenmäßige Schwächung einer ohnehin kleinen Volksgruppe. Insgesamt kamen rund 2000 deutsche Nordschleswiger im deutschen Militär zum Einsatz, die meisten davon in der Waffen SS.³⁸ Ein gutes Drittel überlebt diesen Einsatz nicht. Ab 1943 richtete die Minderheit auch einen eigenen sogenannten Zeitfreiwilligendienst und Selbstschutz ein, um der Minderheit ein militärisches Werkzeug in Nordschleswig zu verschaffen und zugleich noch umfassendere Werbungen zum realen Kriegseinsatz zu verhindern. Obwohl diese Einheiten wenig praktische Bedeutung erhielten, waren sie in der dänischen Bevölkerung besonders negativ angesehen, da sie ja im Gegensatz zu den Kriegsfreiwilligen im Landesteil selbst stationiert waren.

Als sich die militärische Lage immer unverkennbarer gegen das Deutsche Reich und seine Verbündeten zu wenden begann, nahmen auch die Spannungen in Dänemark zu. Die Verhandlungspolitik der dänischen Regierung endete mit deren Rücktritt im Sommer 1943, wenngleich ihre Grundzüge auch danach von den zuständigen Ministerialbeamten fortgeführt wurden. Der Widerstand gegen die deutsche Besetzung nahm zu, und auch in Nordschleswig kamen die Konfliktlinien deutlicher zum Ausdruck. Selbst innerhalb der Minderheit traten Unstimmigkeiten auf, die sich auch in der Sammlung eines Haderslebener Kreises äußerten. Diese kleine informelle Gruppierung trennte sich endgültig vom Gedanken an Wiedervereinigung mit Deutschland und stellte sich in anfangs nur intern verbreiteter Neuorientierung auf eine Zukunft als lokale Minderheit im Rahmen eines demokratischen dänischen Staates ein.³⁹ Erst mit der Gründung des Bundes deutscher

³⁵ Siehe Johan Peter Noack, *Det tyske mindretal i Nordslesvig under besættelsen* (Kopenhagen, 1975), 10.

³⁶ Auch das Wehrgesetz von 1935 sah in seinem §18 (4) deshalb vor, dass Personen ohne deutsche Reichsangehörigkeit nur mit besonderer Genehmigung ein Wehrdienstverhältnis begründen durften.

³⁷ Zur Rolle der deutschen Minderheiten in der Waffen SS, siehe auch Robert Herzog, *Die Volksdeutschen in der Waffen SS* (Tübingen, 1955).

³⁸ Rund 350 Nordschleswiger wurden in die Wehrmacht aufgenommen; der Rest in die Waffen SS. Siehe Erich Hoffmann, "Grundlinien der Geschichte der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig von 1920-1955", *Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig* 61/62 (1990): 58.

³⁹ Zu den Unstimmigkeiten in der Minderheit siehe Johan Peter Noack, *Det tyske mindretal i Nordslesvig under besættelsen* (Kopenhagen, 1975), 157-161. Speziell zum Haderslebener Kreis siehe auch Arthur

Nordschleswiger konnten diese Gedanken sich aber nach dem Kriegsende als offene Mehrheitsposition etablieren.

Am Ende der Geschichte? Die deutsche Minderheit bei Kriegsende 1945

Mit der Kapitulation des Deutschen Reiches fiel die nationalsozialistische Eroberungspolitik auf die deutschen Minderheiten in weiten Teilen Europas zurück. Die internationale Gegenreaktion stärkte den Einfluss derjenigen, die schon immer vor der Gefährlichkeit und Illoyalität der einheimischen deutschen Bevölkerung gewarnt hatten. Auch in Dänemark kam es zu Forderungen nach Ausweisung großer Teile der Minderheit, vor allem seitens der dänischen Widerstandsbewegung.⁴⁰ Eine Anzahl von Gebäuden und Denkmälern wurden durch Anschläge zerstört, und vereinzelt kam es auch zu direkten Angriffen auf Minderheitsangehörige, deren tragischer Höhepunkt die noch 1948 auf ein Hotel abgefeuerten Pistolenschüsse waren, die dem Mitglied einer deutschen Laientheatergruppe das Leben kosteten.⁴¹ Die Einrichtungen der Minderheit wurden zum großen Teil beschlagnahmt, wobei vor allem die Einstellung des deutschen Schulwesens langwierige Folgen für die davon betroffenen Schülerjahrgänge mit sich brachte.

Besonders umfassend wurde die Minderheit von der juristischen Aufarbeitung der Besatzungszeit betroffen, die im Dänischen als *retsopgør*, also als Rechtsabrechnung, bezeichnet wird. Hierin versuchte Dänemark die Retribution für Zusammenarbeit mit der deutschen Besatzungsmacht nicht durch willkürliche Gewalt, sondern durch rechtsstaatliche Mittel durchzuführen. Schwierig war dabei allerdings eine juristisch unangreifbare Definition rechtswidriger Zusammenarbeit, da diese einerseits auf rückwirkende Strafbestimmungen zurückgreifen musste und andererseits nicht immer im Einklang mit den Aussagen dänischer Regierungsstellen während des Krieges stand.⁴² Besonders betroffen von dieser Rechtsabrechnung waren Mitglieder der deutschen Minderheit, die mit rund 3000 ein Viertel aller Verurteilten bildeten, wobei deren Vergehen ganz überwiegend in der Mitgliedschaft in deutschen militärischen oder paramilitärischen Organisationen bestand. Die knapp 1300 Urteile auf Haftstrafe zwischen einem und zwei Jahren Gefängnis bildeten dabei die größte Einzelgruppe, während gut 800 Urteile darunter und rund 700 darüber lagen.⁴³ Damit war rund ein Viertel der erwachsenen Minderheitsangehörigen strafrechtlich verfolgt worden, und wenn die Periode der Inhaftierungen anfangs der 1950er Jahre auch zu Ende ging, dauerten die sozialen und beruflichen Nachwirkungen länger an.

Obwohl die unmittelbar Betroffenen wie auch die Minderheit im Allgemeinen diese Rechtsschritte als ungerechtfertigt empfanden, zeigten sich doch deutliche Unterschiede zur Erfahrung der deutschen Bevölkerungsgruppen im Großteil Osteuropas. Die

Lessow, "Der Haderslebener Kreis und seine Bedeutung für den Neubeginn der deutschen Arbeit in Nordschleswig 1945", *Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig* 70 (1995): 108-135.

⁴⁰ Ditlev Tamm, *Retsopgøret efter besættelsen*, Band 1 (Kopenhagen, 1984), 413.

⁴¹ Ernst Siegfried Hansen, *Disteln am Wege* (Bielefeld, 1957), 247-251.

⁴² Das Standardwerk zur juristischen Aufarbeitung der Besatzungszeit in Dänemark bildet Ditlev Tamm, *Retsopgøret efter besættelsen*, 2 Bände (Kopenhagen, 1984).

⁴³ Flensburger Arbeitskreis, (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins* 3 (Kiel, 1982), 232. Für eine genauere Analyse der Rechtsabrechnung in ausgewählten Rechtskreisen Nordschleswigs siehe auch Sabina Lorek, *Rechtsabrechnung – Retsopgør: Politische Säuberung nach dem Zweiten Weltkrieg in Nordschleswig* (Neumünster, 1998).

Forderungen nach Massenausweisungen konnten sich nicht durchsetzen.⁴⁴ Bei allem Ressentiment der dänischen Öffentlichkeit gab es immer wieder Stimmen, die zu Mäßigung und Rechtsstaatlichkeit mahnten.⁴⁵ Neben der Zerschlagung von Minderheiteninstitutionen gab es auch frühzeitig die Neugründung einer eigenen Zeitung und die Möglichkeit zur Teilnahme an politischen Wahlen, einschließlich der Aufstellung von Kandidaten. Zuletzt konnten nach zähen Verhandlungen auch 13 der beschlagnahmten Schulgebäude zurückgekauft werden, sodass sich der deutsche Schulunterricht schrittweise reetablieren konnte.

Für die Nachkriegsidentität der Minderheit bekamen diese Erfahrungen eine lange andauernde Bedeutung. Einerseits brachten sie eine fühlbare Verminderung der Gesamtstärke mit sich. Noch am wenigstens kam dies in den Wahlergebnissen zum Ausdruck, wo die Minderheit zwar deutliche prozentuelle Verluste erlitt und zuletzt auch ihren einzigen Sitz im dänischen Parlament einbüßte, aber in absoluten Zahlen bemerkenswerte Beständigkeit bewies. Die Wahlentwicklung zeigte erneut, dass die deutschorientierten Nordschleswiger auf einem bei etwas unter 10.000 Erwachsenen liegenden Kern aufbauen konnten, der sich in den dreißiger Jahren bei großer Mobilisierung nochmals um die Hälfte ausweiten ließ. Dieser weitere Kreis war nach dem Krieg nicht mehr mobilisierbar, aber der Grundstock hatte trotz moderater Einbußen Bestand gehabt.

Tabelle 1

Stimmen für die Schleswigsche Partei in dänischen Parlamentswahlen 1920-1971

Jahr	Stimmen	Jahr	Stimmen
1920	7505	1953(1)	8438
1924	7715	1953(2)	9721
1926	10422	1957	9202
1929	9787	1960	9058
1932	9868	1964	9274
1935	12617	1966	-
1939	15016	1968	6831
1947	7464	1971	6743
1950	6406		

Quelle: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, (Hrsg.), *Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins* (Kiel, 1967), 80; Gösta Toft, "Slesvigsk Parti 1945-2000," in *En europæisk model?*, hrsg. von Jørgen Kühl (Aabenraa, 2002), 162. Die Minderheit stellte 1947, 1950, und 1953(2) unabhängige Kandidaten auf und trat 1966 nicht an.

Wirtschaftliche Institutionen wie die Kreditgenossenschaft Vogelgesang, die zur Bestandsbewahrung deutschen Agrarbesitzes gegründet worden war, aber auch kulturelle wie das umfangreiche Bibliothekswesen, gingen indes meist entschädigungslos verloren. Besonders schwerwiegend waren die Einbußen auf schulischem Gebiet. In der

⁴⁴ Ditlev Tamm, *Retsopgøret efter besættelsen*, Band 1 (Kopenhagen, 1984), 418f.

⁴⁵ Siehe etwa Ditlev Tamm, *Retsopgøret efter besættelsen*, Band 1 (Kopenhagen, 1984), 412-414; Hal Koch, *Jeg anklager rigsdagen* (Kopenhagen, 1947); Harboe Kardel, *Fünf Jahrzehnte in Nordschleswig: Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Organisationen der deutschen Volksgruppe in der Zeit von 1920 bis 1970* (Aabenraa, 1971), 212; Ernst Siegfried Hansen, *Disteln am Wege* (Bielefeld, 1957), 211-213, 224f.

Zwischenkriegszeit hatte die deutsche Minderheit besonderen Wert auf den Aufbau eines umfassenden Schulwesens gelegt, das sowohl innerhalb des staatlichen Unterrichtssystems als auch auf privater Basis angesiedelt war. Dieser Fokus war nicht erfolglos geblieben, wie aus den langsam wachsenden Schülerzahlen ablesbar war. Als dieses Unterrichtssystem durch Einstellung der öffentlichen Minderheitenschulordnung und Beschlagnahme der Privatschulgebäude zu Ende gekommen war, musste auf bescheidenerer Grundlage neu begonnen werden. In den 1950er Jahren konnte sich das nunmehr auf rein privater Basis stehende Minderheitenschulwesen wieder auf über 1000 Schüler ausweiten, was allerdings nur zwischen einem Viertel und einem Drittel der Zwischenkriegszahlen entsprach. Dieses Niveau konnte in den darauffolgenden Jahrzehnten aber behauptet werden.

Tabelle 2

Gesamtschülerzahl in deutschen Minderheitenklassen 1921-2002 (ausgewählte Jahre)

Jahr	Schulen	Schüler
1921	29	2830
1931	56	3393
1937	86	4006
1944	90	4009
1947	5	249
1951	25	825
1961	28	1376
1971	23	1413
1991	17	1155
2001	16	1348

Quelle: Jürgen Zeh, *Die deutsche Sprachgemeinschaft in Nordschleswig* (Stuttgart, 1982), 136, 138; Jørgen Kühl, (Hrsg.), *En europæisk model? Nationale mindretal i det dansk-tyske grænseland 1945-2000* (Aabenraa, 2002), 458.

Ungeachtet dieser Rückschläge zeigte sich ein sichtbarer Beharrungswillen innerhalb der Minderheit. In mancherlei Hinsicht verstärkten die juristischen und gesellschaftlichen Folgen der Rechtsabrechnung sogar diese Selbstbehauptung, da sie die Betroffenen enger zusammenschweißten und die soziale Abgrenzung zwischen Mehrheit und Minderheit vertieften. Zugleich stellte sich damit aber die Frage, wie sich die Minderheit politisch und identitätsmäßig auf die neuen innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen einstellen sollte. Innerhalb der deutschen Bevölkerung gab es in den ersten Jahren zwei zentrale Gruppierungen. Nach außen hin trat der Haderslebener Kreis von politisch meist unbelasteten Personen aus unternehmerischen und kirchlichen Kreisen in den Vordergrund. Weitaus umfangreicher war die Gruppe der im Faarhuslager Internierten und strafrechtlichen Verurteilten, die allerdings gerade aus diesem Grund ihre numerische Überlegenheit nicht voll zur Geltung bringen konnten. Beide Gruppen waren sich einig in der Ablehnung der umfassenden Strafmaßnahmen gegenüber den deutschen Nordschleswigern und ihren Institutionen. Auch in der Abwendung vom Nationalsozialismus und allen Hoffnungen auf schlussendliche Wiedervereinigung mit Deutschland gab es wenig Abweichung. Größer waren die Unterschiede in der Bewertung der eigenen Mitverantwortung für die nunmehrige Notlage und der Bereitschaft zur Aufgabe

traditioneller Zielvorstellungen. Während der Haderslebener Kreis die Loyalität zum dänischen Staat in den Mittelpunkt stellte und durch Anerkennung eigener Schuld eine Milderung der dänischen Sanktionen erreichen wollte, legten Vertreter der Internierten wie auch der langjährige Wortführer der Minderheit, der Pastor und Parlamentarier Johannes Schmidt-Wodder, das Hauptgewicht auf ihre Kritik an der Unrechtmäßigkeit der dänischen Vorgangsweise.⁴⁶ Bei der Gründung des Bundes deutscher Nordschleswiger (BdN), der neuen Zentralorganisation der Minderheit, setzte sich der zusammenarbeitsorientierte Kurs des Haderslebener Kreises weitgehend durch und bildete damit einen wichtigen Grundstein für die zukünftige Ausrichtung der Minderheit. Die Gründungserklärung begann deswegen mit einer Loyalitätserklärung gegenüber dem dänischen König, dem dänischen Staat und der bestehenden Grenze sowie mit einem uneingeschränkten Bekenntnis zur demokratischen Staatsform, während die Forderung nach kultureller Gleichstellung erst in späteren Punkten folgte.⁴⁷ Als dieser Kurs allerdings nicht die erhofften Erleichterungen für die Minderheit vor allem in der Rechtsverfolgung mit sich brachte, nahmen die Richtungskämpfe innerhalb des BdN wieder zu. Nachdem der Großteil der Internierten ihre Strafen abgesessen hatte, begannen sie sich auch persönlich wieder innerhalb der Minderheit zu engagieren, wodurch die Repräsentanten des Haderslebener Kreises weiter in den Hintergrund rückten.⁴⁸

Spiegelverkehrte Gemeinsamkeiten: Nord- und Südschleswig in den Nachkriegsjahrzehnten

Die Zukunft der deutschorientierten Bevölkerungsgruppe im Nordschleswig wurde allerdings nicht in erster Linie von internen Richtungsdiskussionen und –entscheidungen beeinflusst. Vielmehr zeigte sich nach dem zwischenzeitigen Verschwinden des deutschen Staates als eigenständigem politischem Handlungsträger wieder die Bedeutung der Minderheitenfrage als bilaterales internationales Problem und der Zusammenhang zwischen den rechtlichen Rahmenbedingungen nördlich und südlich der Grenze. Vor allem die rasche Zunahme der dänischgesinnten Bevölkerung im Süden Schleswigs stellte die Weichen neu.

Während die Grenzfrage in der Zwischenkriegszeit mangels einer schlagkräftigen dänischen Minderheitsbevölkerung in erster Linie von deutscher Seite problematisiert wurde, wenngleich dänische Aktivisten die Hoffnung auf zukünftige Veränderungen nicht allesamt aufgegeben hatten, stellten die ersten Nachkriegsjahre diese Verhältnisse auf den Kopf.⁴⁹ Von einem Tiefstand von rund 3000 Mitgliedern im Jahre 1944 hatte die organisierte dänische Minderheit sich schon 1945 auf 10.000 ausgeweitet und in den darauffolgenden Jahren auf über 70.000 vervielfacht.⁵⁰ Obwohl die historisch gebildeten Kreise des angestammten Grenzaktivismus in sowohl Dänemark wie Südschleswig diesen Aufbruch gerne als Wiederbesinnung auf eine bloß verschüttete Realidentität betrachteten, war die

⁴⁶ Siehe dazu Hans Schmidt und Johannes Schmidt, *Henvendelse til den danske Rigsdag vedrørende det tyske Mindretal i Nordslesvig* (o. O., 1945).

⁴⁷ Flensburger Arbeitskreis, (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins* 3 (Kiel, 1982), 233.

⁴⁸ Zu den personellen und damit verbundenen inhaltlichen Kontinuitäten in der Minderheitenführung über das Kriegsende hinaus siehe Torben Mayer, "Die deutsche Minderheit in Nordschleswig und die Aufarbeitung der eigenen nationalsozialistischen Vergangenheit", *Demokratische Geschichte* 20 (2009): 245-284.

⁴⁹ Für den auf Grenzveränderungen hoffenden dänischen Aktivismus der Zwischenkriegszeit siehe Axel Johnsen, *Dannevirke-mænd og Ejderfolk: Den grænsepolitiske opposition i Danmark 1920-1940* (Flensburg, 2005).

⁵⁰ Johan Peter Noack, *Det sydslesvigske grænseoplysning 1945-1947*, Band 1 (Aabenraa, 1991), 175f.

Motivationslage doch stärker von zeitbezogenen Erfahrungen geprägt. Sprachlich war der Südtteil Schleswigs schon seit dem Mittelalter überwiegend deutsch, und selbst in den immer kleiner werdenden dänischen Mundartgebieten der nördlichen Geest war die politische Identifikation mit Dänemark wenig verankert. Nachdem die Protesthaltung gegen die Eingliederung Schleswig-Holsteins in Preußen in den 1860er Jahren kurzfristig auch im mittleren Schleswig Zulauf zur dänischen Wahlbewegung gebracht hatte, kam es erst durch die Volksabstimmung des Jahres 1920 zu einer neuerlichen dänischen Mobilisierung. In der Zwischenkriegszeit schwankten die Mitgliederzahlen in dänischen Organisationen in vager Parallelität mit der ökonomischen Grundstimmung im krisengeplagten Deutschland, wie man aus der Entwicklung des Schleswigschen Verein im damals nahezu alleine relevanten Flensburg erkennen kann.

Tabelle 3
Mitgliedschaft in Slesvigsk Forening in Flensburg

1920	4699
1924	5797
1929	3374
1933	3493
1936	3016
1939	2419
1944/1945	1882

Quelle: Johan Peter Noack, *Det danske mindretal i Sydslesvig 1920-1947*, Band 2 (Aabenraa, 1989), 307.

Die rasche Ausweitung der Minderheit nach dem Zweiten Weltkrieg konnte auf diesen bescheidenen Grundlagen sowie auf der Unterstützung dänischer Aktivistenkreise aufbauen, erklärt sich aber in erster Linie als Reaktion auf Nationalsozialismus, Krieg und Niederlage. Die Zugehörigkeit zur deutschen Nation hatte sich in den Augen vieler als Irrweg erwiesen. Das demokratische und wohlhabende Dänemark stand als Idealbild neben einem diskreditierten und zerstörten Deutschland. Die von den dänischen Organisationen stark betonte Abgrenzung zu den Flüchtlingen und Vertriebenen aus den preußischen Ostprovinzen, die die Bevölkerungszahl in Schleswig-Holstein zeitweise um über eine Million anhoben, sollte das schleswigsche Sonderbewusstsein hervorstreichen.⁵¹ Dass ein Teil der Umorientierung der vermeintlichen politischen und vor allem ökonomischen Aussichtslosigkeit der ersten Nachkriegsjahre geschuldet war, lässt sich aus dem mit der Konsolidierung der Bundesrepublik einhergehenden Rückgang der Bewegung ablesen.

Dänische amtliche Stellen standen dem aus Südschleswig kommenden Ruf nach Souveränitätswechsel anfangs mit Zurückhaltung gegenüber, da man dem Sinneswandel noch nicht recht vertraute und die Grenzfrage nicht durch Neu-etablierung einer starken deutschen Minderheit prolongieren wollte. Als sich unter dem Eindruck des fortgesetzten Zustroms in dänische Organisationen vor allem bei den bürgerlich-konservativen Parteien ein Umdenken abzeichnete, war die Gelegenheit für rasche Veränderungen - soweit je vorhanden - bereits verstrichen. Gegen Ende der 1940er Jahre ebte der Zustrom in dänische Organisationen und der Stimmenanteil der ihre politischen Interessen

⁵¹ Zur Flüchtlingspolitik der dänischen Minderheit siehe Martin Klatt, *Flygtningene og Sydslesvigs danske bevægelse 1945-1955* (Flensburg, 2001).

vertretenden Südschleswigschen Wählervereinigung (SSW) bereits wieder ab. Erst ein halbes Jahrhundert später, als der Einzugsbereich des SSW auf Holstein ausgedehnt wurde, stiegen die Stimmenzahlen wieder deutlich an. Es ist allerdings fraglich, ob dies als neuerliche Stärkung der Minderheit im Allgemeinen aufgefasst werden kann, weil die Mitgliederzahlen des Südschleswigschen Vereins (Sydslesvigsk Forening, SSF) in diesem Zeitraum nicht wieder zunahmen.

Tabelle 4

Stimmenstärke des Südschleswigschen Wählerverbandes bei Landtagswahlen und Mitgliederzahl der Sydslesvigsk Forening (SSF)

Jahr	Mitgliedschaft in SSF	Stimmen für SSW
1947	68.317	99.500
1950	67.945	71.864
1954	47.120	42.242
1958	35.091	34.136
1967	25.731	23.577
1979	21.425	22.291
1988	18.690	26.646
1996	16.654	38.285
2000	15.150	60.286

Quelle: Jørgen Kühl, (Hrsg.), *En europæisk model?* (Aabenraa, 2002), 212. Die Wahlen von 1947 lagen noch vor Gründung des SSW und die Stimmenzahl des Jahres 2000 umfasst auch rund 25.000 Stimmen aus Holstein.

Trotz des beginnenden Rückgangs stabilisierte sich die dänischgesinnte Bevölkerungsgruppe in Südschleswig auf einem weit höheren Niveau als in der Zwischenkriegszeit, wobei sie gleichzeitig ihr deutsches Gegenstück nördlich der Grenze deutlich überholt hatte. Nach Abklingen der Forderungen nach Grenzrevision stand damit die Frage nach Sicherung von Minderheitsrechten im Mittelpunkt der deutsch-dänischen Gespräche. In diesem Zusammenhang konnte die schleswig-holsteinische Landesregierung auch immer wieder die Lage der deutschen Nordschleswiger thematisieren und einen Zusammenhang zwischen der Rechtsstellung der Minderheiten beiderseits der Grenzen einfordern. Obwohl die dänische Regierung keine international verbindliche Verknüpfung wünschte, legten die parallelen Grundsatzserklärungen der deutschen und dänischen Regierung (Bonn-Kopenhagener Erklärungen) im Jahre 1955 die Rahmenvorgaben einer versöhnlichen Minderheitenpolitik fest.⁵²

Die für die deutsche Minderheit relevante Kopenhagener Erklärung erhielt ihre vornehmliche Bedeutung nicht so sehr aus ihrem Inhalt, sondern aus ihrer Umsetzung. Der Inhalt selbst führte neben den Grundrechten aller dänischer Staatsbürger vor allem an, dass das Bekenntnis zur deutschen Minderheit frei sei und dieser Minderheit nicht zuletzt im Unterrichtswesen und in den Medien gebührende Ausdrucksmöglichkeiten gegeben werden sollten.⁵³ Wichtiger als diese zum Teil recht allgemein gehaltenen und durch

⁵² Zu den Erklärungen von Bonn und Kopenhagen siehe Jørgen Kühl und Marc Weller hrsg., *Minority Policy in Action: The Bonn-Copenhagen Declarations in a European Context, 1955-2005* (Flensburg und Aabenraa, 2005).

⁵³ Flensburger Arbeitskreis, (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins 4* (Kiel, 1985), 197-199.

wiederholte Hinweise auf die geltenden Gesetze relativierten Grundaussagen war aber neben der Tatsache einer öffentlichen Deklaration an sich die in der Präambel ausgedrückten Zielvorstellung, mit dieser Erklärung "das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung beiderseits der dänisch-deutschen Grenze und damit auch die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen dem Königreich Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland allgemein zu fördern."⁵⁴ Dieser Wunsch nach Normalisierung der deutsch-dänischen Beziehungen, der angesichts des im gleichen Jahre erfolgenden Beitritts der Bundesrepublik zum westlichen Militärbündnis NATO auch amerikanische und andere Großmachtsinteressen berührte, bildete die für die darauffolgende politische Wirklichkeit in der Grenzregion wohl bedeutungsvollste Richtschnur.

Nach dem Abklingen der Nachkriegsspannungen setzte eine Ruhe- und Aufbauphase für die Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze ein. Mit erheblicher Staatshilfe wurde ein umfassendes organisatorisches Netzwerk geschaffen, das die weiterhin oder wiederum verhältnismäßig kleinen Minderheiten vor allem auf kulturellem Gebiet zu manchmal beneideten Modelfällen in Europa machte. Beide Staaten sorgen mit großzügigen Zuschüssen für die Aufrechterhaltung dieser Infrastruktur, wobei die jeweiligen Beiträge sowohl an die Minderheit im Inland wie ihr Gegenstück jenseits der Grenze gingen. Im Jahre 2000 erhielt die dänische Minderheit finanzielle Unterstützung im Umfang von 358,9 Millionen dänischen Kronen (DKK) von dänischen und 222,2 Millionen DKK von deutschen öffentlichen Institutionen. Die deutsche Minderheit in Dänemark wiederum empfing 91 Millionen DKK von dänischer und 67,9 Millionen DKK von deutscher Seite. Insgesamt erhielten die beiden Minderheiten damit einen Jahreszuschuss von 740 Millionen dänischen Kronen.⁵⁵

Die großzügige finanzielle Ausstattung hat erheblich zur Stabilisierung der Minderheiten beitragen. Wenn man vom Sonderfall des als politische Partei regional bedeutsamen SSW absieht, sind sie im öffentlichen Erscheinungsbild allerdings nicht sehr präsent.⁵⁶ Zweisprachige topographische Aufschriften sind weitgehend unbekannt, wenngleich es südlich der Grenze in den letzten Jahren auf freiwilliger Basis zur Aufstellung einzelner friesischer und in Flensburg nun auch dänischer Ortstafeln kam. Die Anwendung der Minderheitensprachen in allgemeinen öffentlichen Einrichtungen und Ämtern ist kaum verbreitet, was angesichts der sprachlichen Gegebenheiten in Schleswig allerdings nur beschränkte praktische Bedeutung hat.

Die klare Festlegung auf das persönliche Bekenntnis als ausschließliches Entscheidungskriterium der Minderheitszugehörigkeit hat auch erhebliche Schwankungen in der Mitgliedschaft bewirkt. Vor allem südlich der Grenze hat dies immer wieder zu Diskussionen und Konflikten geführt. Waren es in den ersten Nachkriegsjahren vor allem bundesdeutsche Stellen, die die genuine Zugehörigkeit von deutschsprachigen Neuzugängen zur dänischen Minderheit in Frage stellten, entzündete sich in späteren Jahrzehnten innerhalb der Minderheit selbst eine Diskussion über kulturelle Mindesterwartungen. Vor allem im Schulbereich kamen diese Konflikte immer wieder zum Vorschein zwischen Eltern, die sich bewusst der Minderheit zuordneten, und anderen, die sich vornehmlich von den pädagogischen Prinzipien der Minderheitenschulen angesprochen fühlten oder ihren Kindern den Erwerb einer weiteren Sprache auf muttersprachsähnlichem Niveau ermöglichen wollten.⁵⁷ Da einer repräsentativen

⁵⁴ Flensburger Arbeitskreis, (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins* 4 (Kiel, 1985), 197.

⁵⁵ Alle Zahlen nach Jørgen Kühl, (Hrsg.), *En europæisk model? Nationale mindretal i det dansk-tyske grænseland 1945-2000* (Aabenraa, 2002), 385.

⁵⁶ Der SSW trat 2012 sogar in die schleswig-holsteinische Landesregierung ein.

⁵⁷ Eine dieser intensiven Diskussionen kann in der Minderheitenzeitung *Flensborg Avis* zwischen September und Dezember 1996 nachverfolgt werden.

Untersuchung aus den später 1990er Jahren zufolge nur rund 10-15 Prozent der Schüler aus einem dänischsprachigen Heim kamen, hatte die Frage nach der Rolle der beiden Sprachen mehr als bloß akademische Bedeutung.⁵⁸

Auch für die deutsche Minderheit nördlich der Grenze brachte die Entspannung in der Grenzregion merkbare Veränderungen im Selbstverständnis. Wenngleich die Attraktivität der deutschen Schulen für dänische Schüler vor allem in den nördlichen Randgebieten langsam zunahm, war es der Minderheit angesichts des in den Nachkriegsjahrzehnten auch in der Grenzregion unverkennbaren Imageunterschiedes zwischen Deutschland und Dänemark nicht möglich, ins Gewicht fallende Neuzugänge zu erhalten. Aufgrund der historischen Wurzeln der Minderheit als Bekenntnisgemeinschaft gehörten sprachliche Niveauunterschiede aber auch in ihr zur alltäglichen Erfahrung, wie aus einer Untersuchung an der deutschen Schule in Tinglev (Tingleff) Anfang der 1980er Jahre hervorgeht. Auch hier gaben fast zwei Drittel der Schüler an, dass sie zu Hause ganz überwiegend Dänisch sprachen (fast immer in Form des lokalen Dialekts).⁵⁹

Da die deutsche Sprache also innerhalb der nordschleswigschen Minderheit als Muttersprache nicht vorherrschte und sogar weiter an Boden verlor, stellte sich auch hier der Frage nach der Grundlage der Sonderidentität. Diese Frage war für die Angehörigen der Kriegsgeneration angesichts ihrer von der dänischen Norm so abweichenden Lebenserfahrung verhältnismäßig leicht zu beantworten. Viel schwieriger wurde dies für nachfolgende Generationen, die sich nicht nur kulturell kaum von der Mehrheitsbevölkerung unterschieden, sondern auch gesellschaftlich und gefühlsmäßig immer unproblematischer in sie integriert waren. In diesen Generationen fand daher eine zunehmende Neudefinierung weg von einem generellen deutschen Selbstverständnis hin zu einem Selbstverständnis als deutscher Nordschleswiger und zuletzt auch als nach beiden Seiten offener Nordschleswiger statt. Schon eine Untersuchung in den 1970er Jahren ergab, dass sich in der Altersgruppe der Zwanzig- bis Dreißigjährigen nur noch 42 Prozent der Befragten in erster Linie als Deutsche oder deutsche Nordschleswiger (mit Betonung auf deutsch) definierten, während die Generation der Übersechzigjährigen dies noch zu 71 Prozent tat. Für die Mehrzahl der Jüngeren lag die Betonung dagegen auf Zugehörigkeit zur Heimatregion.⁶⁰ In den darauffolgenden Jahrzehnten hat diese Entwicklung eher zugenommen und lässt damit Anklänge an das von Tara Zahra und anderen popularisierte Konzept der nationalen Indifferenz erkennen, wenngleich nicht in der von diesen Forschern besprochenen vornationalen, sondern in einer postnationalen Form.⁶¹ Dabei ist allerdings das ambivalente Verhältnis zwischen regionalen und nationalen Selbstbildern zu berücksichtigen, die sowohl als Ergänzungen wie als Gegensätze angelegt sein können.⁶²

⁵⁸ Die Ergebnisse dieser umfangreichen Untersuchung sind in Karen Margrethe Pedersen, *Dansk sprog i Sydslesvig*, 2 Bände (Aabenraa, 2000), nachzulesen.

⁵⁹ Michael Byram, *Minority Education and Ethnic Survival* (Clevedon, England, 1986), 41.

⁶⁰ Kai Dietrich Sievers, (Hrsg.), *Beiträge zur Frage der ethnischen Identifikation des Bundes Deutscher Nordschleswiger* (Flensburg, 1975), 164.

⁶¹ Diese teilweise Umorientierung lässt sich auch in den entsprechenden Interviews in Lars N. Henningsen und Frank Lubowitz hrsg., *Stemmer fra mindretallene/Stimmen aus den Minderheiten* (Flensburg und Aabenraa, 2011) erkennen. Für das Konzept der nationalen Indifferenz siehe etwa Tara Zahra, "Imagined Noncommunities: National Indifference as a Category of Analysis", *Slavic Review* 69 (2010): 93-119.

⁶² Siehe die vielfältigen Beispiele in Peter Haslinger, (Hrsg.), *Regionale und nationale Identitäten: Wechselwirkungen und Spannungsfelder im Zeitalter moderner Staatlichkeit* (Würzburg, 2001), und Philipp Ther und Holm Sundhausen hrsg., *Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts* (Marburg, 2003).

Schlussfolgerungen

Im Europa der Nachkriegszeit stellt die deutsche Minderheit in Dänemark ein in vielerlei Hinsicht bemerkenswertes Phänomen dar. Mit einer Gesamtstärke von wenigen zehntausend Mitgliedern zu ihren besten Zeiten war ihre zahlenmäßige Stärke sehr gering und konnte sich in keiner Weise mit den vielfach größeren Minderheiten in Mittel- und Osteuropa messen. Zudem waren die Deutschorientierten trotz ihrer Zentrierung im Süden des Siedlungsgebietes über ganz Nordschleswig zerstreut und zumindest in der Nachkriegszeit in keinem Lokalbereich mehr in der Überzahl. Vor allem aber unterschieden sich die Minderheitsangehörigen weder sprachlich noch religiös oder herkunftsmäßig wesentlich von ihrer Umgebung, sodass ihre Zugehörigkeit zur Minderheit auf einer persönlichen Willensentscheidung beruhte. Eintritt und Austritt waren verhältnismäßig einfach und selbstgewählt.

Angesichts dieser Beweglichkeit hätte sich die Krisensituation der Nachkriegsjahre leicht als das Abschlusskapitel dieser Minderheit erweisen können. Dies wird besonders deutlich, wenn man sich die Entwicklung südlich der Grenze vor Augen hält, wo rund die Hälfte der alteingesessenen deutschsprachigen Bevölkerung sich zumindest zeitweise nach Dänemark hin orientierte und der südschleswigschen dänischen Bewegung ein beispielloses Wachstum verschaffte. Wenn große Teile der deutschsprachigen Bevölkerung im südlichen Schleswig sich nach 1945 nicht mehr als Deutsche identifizieren wollten, stellt sich die Frage, warum die überwiegend dänischsprachige deutsche Minderheit nördlich der Grenze den weitgehenden Verlust ihrer Infrastruktur überleben und ihre identitätsmäßigen Grundlagen bewahren konnte.

In den kritischen ersten Jahren kam es der Minderheit als Institution zu Gute, dass sie die umfassende Ablehnung, die ihr seitens der Mehrheitsbevölkerung entgegenschlug, in ihrer Sondersphäre festhielt. Es war nicht ohne eine gewisse Ironie, dass sich die zeitgenössische dänische Öffentlichkeit durchaus offen für die Integrierung deutschsprachiger Südschleswiger zeigte, deren Verbindungen zum alten Regime in dieser nationalsozialistischen Kernregion bei aller versuchten Abgrenzung doch ziemlich weitverbreitet waren, während der Trennstrich gegenüber der einheimischen Minderheit überaus scharf gezogen wurde. Umgekehrt bewahrte die demokratische Grundstimmung in Dänemark die Minderheit vor der Verwirklichung von Vertreibungsszenarien, die in Osteuropa zur Praxis und in Dänemark zumindest angedacht wurden.

Auf längere Sicht war es aber neben der eigenen Hartnäckigkeit wohl in erster Linie der Glücksfall der impliziten Parallelität, der den Fortbestand der deutschen Minderheit in Nordschleswig sicherte. Durch den massiven Wachstumsprozess der dänischorientierten Bevölkerung in Südschleswig bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der bestehenden Staatsgrenze oblag der dänischen Regierung nunmehr die Interessensvertretung für eine Minderheit in Deutschland, welche die deutschen Nordschleswiger zahlenmäßig weit übertraf. Bei aller Ablehnung formeller Gegenseitigkeit wurde dänischen Regierungsstellen bald klar, dass sich die Etablierung solider Minderheitenrechte südlich der Grenze nicht ohne vergleichbare Zugeständnisse im eigenen Staatsgebiet dauerhaft sichern lassen würde. Zugleich hatte die langsame Integrierung der frühen Bundesrepublik in die westliche Zusammenarbeit den Nachbarn im Süden wiederum zum Verhandlungs- und schließlich auch Bündnispartner gemacht, womit die innenpolitische Abgrenzung von der einheimischen Minderheit an Überzeugungskraft verlor.

Als Konsequenz der Bonn-Kopenhagener Erklärungen und deren großzügiger Umsetzung in den darauffolgenden Jahrzehnten entwickelte sich die deutsch-dänische Grenze zu einem vielgepriesenen Musterbeispiel nationaler Koexistenz. Auch die deutsche

Minderheit in Nordschleswig profitierte von dieser Großzügigkeit, die nicht zuletzt auf finanziellem Gebiet zum Ausdruck kam. Da die Minderheiten nur klein waren, konnten sich die beiden Nationalstaaten ihre kulturelle und organisatorische Förderung in einem Zeitraum von wirtschaftlicher Erholung und Expansion ohne größere Belastung leisten. Politisch kontroversielle Forderungen blieben dagegen weitgehend ausgeklammert, wodurch vor allem die deutsche Minderheit im öffentlichen Raum wenig sichtbar blieb.⁶³

Für den Charakter und das Selbstverständnis der deutschen Minderheit in Nordschleswig stellte die politische Entspannung auch eine Herausforderung dar. Mit dem Schwinden emotionaler Trennlinien und der Öffnung gegenüber der dänischen Mehrheitsbevölkerung verminderte sich die innere Zusammenhangskraft der Minderheit. Jüngere Generationen, die nicht mehr die Sondererfahrungen ihrer Eltern und Großeltern teilten, empfanden sich in zunehmenden Grad als zweisprachige Nordschleswiger mit besonderen Anknüpfungen zu sowohl deutscher wie auch dänischer Kultur. Obwohl die Institutionen der deutschen Minderheit noch nicht im gleichem Ausmaß auch von der Mehrheitsbevölkerung in Anspruch genommen wurden wie ihre Gegenstücke südlich der Grenze, wurde es auch in deutschen Schulen und Kindergärten nicht ungewöhnlich, auf Kinder ohne Bezug zur Minderheit zu stoßen, deren Schulwahl von rein pädagogischen Erwägungen geleitet war. Insgesamt stellt sich die Identität der deutschen Nordschleswiger somit unter den vorherrschenden Verhältnissen als gesichert, aber nicht mehr so tief verankert dar wie noch vor wenigen Jahrzehnten, sodass sie so fundamentale Herausforderungen wie im vergangenen Jahrhundert wohl kaum mehr in gleichem Ausmaß überstehen könnte. Im Rahmen eines zusammenwachsenden Europas und der zunehmenden Hinterfragung nationaler Selbstverständnisse ist dies indessen keine besonders ungewöhnliche Entwicklung.

⁶³ Dies galt etwa für die öffentliche Markierung der Zweisprachigkeit der Region.

